

# DAV-Depesche

DeutscherAnwaltVerein

**Nr. 26/14**

**3. Juli 2014**

## **1. DAT 2014 – Deutscher Anwaltstag – Rückblick und Ausblick**

Unter dem Motto „Freiheit gestalten“ kamen letzte Woche rund 1.500 Teilnehmer auf dem Deutschen Anwaltstag 2014 in Stuttgart zusammen. Am Vortag des DAT, am 25. Juni 2014, gab es für Berufseinsteiger, Referendare und Studenten einen „DAT für Einsteiger“ und für Nachwuchsrhetoriker einen Redewettstreit, bevor der DAT am Donnerstagmorgen, 26. Juni 2014, mit einer zentralen Eröffnungsveranstaltung begann. Es schlossen sich eine Vielzahl von Fortbildungsveranstaltungen in den wichtigsten FAO-relevanten Rechtsgebieten, informative Querschnittsveranstaltungen und wichtige rechtspolitische Diskussionen an.

Ein Höhepunkt des Anwaltstags war aus Sicht vieler Teilnehmer die Schwerpunktveranstaltung „Freiheit gestalten! Privatheit zwischen Schutzgut und digitaler Währung“: Nach einer Live-Hacking-Show diskutierten hochkarätige Referenten darüber, welche neuen rechtlichen Instrumente gegebenenfalls notwendig sind, um dem bestehenden Spannungsverhältnis zwischen digitaler Überwachung und digitaler Freiheit in den Zeiten von Facebook und Co. zu begegnen ([DAV-Pressemitteilung DAT 4/14](#)). Ein weiterer Höhepunkt war die Diskussion des Vizepräsidenten des EuGH Prof. Dr. Koen Lenaerts und des Richters des Bundesverfassungsgerichts Prof. Dr. Johannes Masing über den europäischen Grundrechtsschutz.

Von den Höhepunkten des Deutschen Anwaltstages 2014 können Sie schon jetzt unter [www.davblog.de](http://www.davblog.de) Eindrücke sammeln. Das Anwaltsblatt wird im Doppelheft August/September ausführlich über die wichtigsten Veranstaltungen des Anwaltstags berichten. Das Doppelheft wird daher bereits dieses Jahr Anfang August erscheinen.

Der nächste Deutsche Anwaltstag wird vom 11. – 13. Juni 2015 in Hamburg stattfinden.

## **2. DAT 2014: Für afghanische Ortskräfte der Bundeswehr muss das Visumverfahren eingehalten werden**

Die Frage, wie die Bundesrepublik mit den afghanischen Ortskräften umgehen soll, die für die Bundeswehr und andere Organisationen gearbeitet haben, hat nicht nur eine juristische Seite. Sie hat auch eine moralische und eine politische Dimension. Auf dem DAT diskutierten die Rechtsanwälte Victor Pfaff und Stefan von Raumer, die Journalistin Ronja von Wurmb-Seibel, die Vorsitzende des Afghanischen Frauenvereins Nadia Nashir und Generalleutnant Richard Roßmanith darüber, wie die Bundesrepublik all diesen Aspekten gerecht werden kann. Klar ist: Bei der Entscheidung darüber, ob ein ehemaliger Mitarbeiter der Bundeswehr von Deutschland aufgenommen wird, muss das im Aufenthaltsgesetz vorgesehene Verfahren eingehalten werden. Hierfür muss die Bundesregierung sorgen. Die Presseerklärung des DAV dazu finden Sie [hier](#).

## **3. Beschlüsse der Justizministerkonferenz im Internet**

Im Internet stehen nunmehr die [Beschlüsse der 85. Konferenz der Justizministerinnen und -minister](#), die letzte Woche in Binz auf Rügen stattgefunden hat, zum Download bereit. Ein Fokus der Konferenz lag auf dem Straf- und Strafprozessrecht. Hinsichtlich des Beschlusses der Justizministerkonferenz zum Cybermobbing warnt der DAV davor, dass sich Cybermobbing mit weiteren Straftatbeständen nicht in den Griff zu bekommen lässt ([DAV-](#)

[Pressemitteilung Nr. 19/14](#)). Erfreulich ist der Beschluss, die [Nationale Stelle zur Verhütung von Folter](#) finanziell besser auszustatten, auch wenn die beschlossene Erhöhung noch nicht ausreicht, um sicherzustellen, dass diese ihre Aufgabe angemessen erfüllen kann. An der aktuellen Kampagne von Amnesty International „Stop Folter“ können Sie sich [hier](#) beteiligen.

#### 4. 70. Deutscher Juristentag: Jede Anwältin und jeder Anwalt kann mitdiskutieren

Nach dem Anwaltstag wirft nun der 70. Deutsche Juristentag in Hannover seine Schatten voraus. Ab dem 16. September 2014 werden sich wieder Juristen aller Berufe treffen und in sechs Abteilungen über Rechtsthemen diskutieren. Das Anwaltsblatt berichtet im aktuellen Juli-Heft mit einem Schwerpunkt über die rechtspolitischen Themen, darunter auch die Frage nach der Zukunft des Zivilprozesses. Acht Beiträge zu allen Abteilungen erläutern, warum gerade Anwältinnen und Anwälte mitdiskutieren sollten. Die Beiträge finden Sie online auch unter [www.anwaltsblatt.de](http://www.anwaltsblatt.de).

#### 5. Freie Berufe im Visier der EU

Deutschland soll „ehrgeizigere Maßnahmen“ zur weiteren Belebung des Wettbewerbs im Hinblick auf bestimmte freiberufliche Dienstleistungen ergreifen, so die Europäische Kommission in ihren länderspezifischen Empfehlungen [KOM\(2014\) 406](#) im Rahmen des vierten Europäischen Semesters. Das Produktivitätswachstum sei insbesondere im Bereich der freien Berufe besonders gering, darüber hinaus bestünden nach wie vor Markteintrittshindernisse und Hürden. Als Beispiele werden Anforderungen an die Rechtsform, Vorschriften in Bezug auf Gesellschafter, sowie Vorgaben im Hinblick auf berufliche Qualifikationen genannt. In der Begleitunterlage der Europäischen Kommission zu den Empfehlungen wird, mit Verweis auf Daten der OECD, die angeblich im Vergleich zu anderen Ländern starke Regulierung von unter anderem anwaltlichen Dienstleistungen ausdrücklich kritisiert. Der Europäische Rat hat die Empfehlungen am 27. Juni 2014 endgültig angenommen.

---

*v.i.S.d.P.: Rechtsanwalt Swen Walentowski, Pressesprecher des DAV, Berlin*  
Für eine **Abmeldung** aus dem Verteiler senden Sie eine E-Mail an [depesche@anwaltverein.de](mailto:depesche@anwaltverein.de).  
DEUTSCHER ANWALTVEREIN – <http://www.anwaltverein.de/leistungen/dav-depesche>  
Littenstraße 11, 10179 Berlin, Tel.: 030 726152-0, Fax: 030 726152-190  
Depesche Nr. 26/14 - Alle Angaben ohne Gewähr und Anspruch auf Vollständigkeit. © 2014 DAV